

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 6  
Juni 1990  
12. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 6136, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Zeitschriften  
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg  
Telefon (01) 809 31 11

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 6136, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Zur Marktfähigkeit  
mittel- und osteuropäischer Reformstaaten

## Politische und wirtschaftliche Freiheit gehören zusammen

Man übertreibt für einmal nicht, wenn man die gegenwärtige europäische Umbruchsituation als historisch bezeichnet. Das Ende der langen Nachkriegsepoche scheint endgültig dazusein. Der Wandel hat sich rasch vollzogen; er ist tief und gründlich.

Noch vor weniger als einem Jahr schien der Ostblock festgefügt. Es herrschten das Diktat der kommunistischen Parteien und die Regeln der zentralen Planwirtschaft. Aber deren verheerende Folgen für den Wohlstand der Menschen erreichten krisenhafte Ausmasse. Darüber hinaus erwies sich auch nach jahrzehntelanger Unterdrückung der politische Wille zur Freiheit als ungeboren. Dass sich die Völker aufbäumen konnten, hatte unmittelbar mit Gorbatschews Reformpolitik zu tun, unmittelbar mit dem Verzicht der Sowjetunion auf den Einsatz des Machtinstruments der Roten Armee.

### Erfreulicher Wandel

Verständlicherweise haben die Freiheitsbewegungen im ehemaligen sowjetischen Satellitengürtel Euphorie ausgelöst. Elementare Menschenrechte wurden zurückgewonnen. Unverfälschte politische Wahlen wurden – oder werden

noch – zu einem fundamentalen Erlebnis, in Polen, in der DDR, in Ungarn und anderswo. Die Überzeugung von der Überlegenheit der Marktwirtschaft setzt sich durch. Privateigentum, zivilrechtliche Vertragsfreiheit, Wettbewerb, unternehmerisches Gewinnstreben und Risikodenken kehren zurück.

Das alles ist höchst positiv zu werten. Es zeigt das Bewusstsein an, dass die Wirtschafts- und die Gesellschaftsordnung an Haupt und Gliedern zu erneuern sind. Noch hat sich jedoch nicht überall Erkenntnis gefestigt, dass politische und wirtschaftliche Freiheit Zwillingsschwestern sind. Es kann keinen verlässlichen wirtschaftlichen Liberalismus ohne pluralistische Demokratie geben, aber auch keine solide politische Ordnung, wenn sie nicht wirtschaftliche Freiheit zulässt. In dieser Sicht erweisen sich Vorstellungen von einer «geläuterten Planwirtschaft», die dem Staat eine weitgehende Kontrollge-

walt über Unternehmungseigentum, Preisbildung und Kreditwesen belassen würden, als illusorisch.

### Möglichkeiten der Unterstützung

Solche Überlegungen sind von Belang, wenn es um die Bestimmung der adäquatesten Mittel geht, mit denen die westlichen Länder den Reformprozess in Mittel- und Osteuropa unterstützen wollen. Diese Mittel können sich keineswegs in blossen Geldtransfer erschöpfen, wiewohl etwa die geplante «Osteuropa-Bank», verstanden als Institut für die Beschaffung produktiven Investitionskapitals aus westlichen Quellen für die östlichen Volkswirtschaften, ihren Wert hat. Was aber diese Volkswirtschaften vor allem brauchen, ist unternehmerisches Know-how, ist Schulung im eigenständigen betrieblichen Führungsverhalten und in der Einstellung, auf (nationalen und internationalen) Wettbewerb.

Direktinvestitionen ausländischen Kapitals in Joint ventures oder in individuellen Betrieben können ebenfalls hilfreich sein. Wollen die Reformländer davon begünstigt werden, so tun sie gut daran, auf Loyalität gegenüber ausländischen Partnern zu achten. Zuverlässiger Investitionsschutz, eindeutige Eigentumsgarantie und freier Ertragstransfer sind entscheidende Mittel zu diesem Zweck. Über allem steht indessen das Erfordernis, für die Festigkeit des freiheitlichen politischen Willens allseitiges Vertrauen zu gewinnen.



FDP-Ständerat Andreas Iten ZG: «Bundesrat und Parlament, aber auch die Öffentlichkeit, die Medien müssen eine neue Kultur im Umgang mit den Fehlern des Staates entwickeln.»  
Photo AMK

Mehr Offenheit und Selbstkritik nötig

## Vom Umgang mit Fehlern

Bei der Behandlung des jährlichen Geschäftsberichts des Bundesrates wies der Zuger FDP-Ständerat und Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK) der kleinen Kammer, Andreas Iten, darauf hin, dass die Berichterstattung der Verwaltung zu wenig problemorientiert sei. Er erwähnte einige Beispiele, bei denen eine Diskrepanz zwischen dem Bericht und den effektiven Vorfällen auszumachen ist, eines davon war Bilten, wo das EMD einen Materialpark plante, aber im Berichtsjahr das Projekt aufgab. Darüber ist im Geschäftsbericht nichts zu lesen. Diese Feststellung und andere veranlassten ihn zu den folgenden Ausführungen.

Es ist durchaus verständlich, dass der Bundesrat das Parlament nicht auf Fehler aufmerksam machen will. Und dennoch scheint es mir falsch, wenn Bundesrat und Verwaltung Fehler, Fehlleistungen, Fehlinvestitionen usw. verdecken. Wenn wir aber den Bundesrat auffordern, einen offeneren und selbstkritischeren Geschäftsbericht zu schreiben, dann brauchen wir eine neue politische Kultur im Umgang mit Fehlern: Allzu oft hat man den Eindruck, das Parlament wolle sich mit dem Aufdecken von Fehlern öffentlich profilieren.

### Fehler unvermeidlich

In einer immer komplexer werdenden Gesellschaft häufen sich die Fehler. Der italienische Populärphilosoph De Crescenzo erwähnte in einem Gespräch mit der «Sonntags-Zeitung», dass eine Art Prinzip der Entropie, das in der Menschheit wie ein Fluch wirke, Fehler fortwährend entstehen lasse. Er sagte: «Jede Ordnung, jede Erfindung, die uns hilft, besser zu leben, bezahlen wir mit einer Unordnung oder Verschmutzung, die grösser ist als die Ordnung, die wir zu schaffen geglaubt haben.»

Wir können diese Feststellung angesichts der ökologischen Probleme, die sich häufen, nicht be-

streiten. Bei der Funktionszunahme des Staates und der Regulendichte sind die Fehler in der Verwaltung programmiert. Darum müssen Bundesrat und Parlament, aber auch die Öffentlichkeit, die Medien eine neue Kultur im Umgang mit den Fehlern des Staates entwickeln.

### Fehler offen und mutig eingestehen

Nur wenn wir dies erreichen, können wir hoffen, dass die Verwaltung offener und mutiger eingestehen und sie zu akzeptieren sind. Fehler, die eingestanden werden, bevor sie durch Indiskretionen bekannt werden, erfahren in der Öffentlichkeit eine schonendere Beurteilung. Wenn es uns also gelingen sollte, unser Verhältnis zu den Fehlern der Verwaltung zu entkrampfen, dann werden gewiss die Schlagzeilen über Fehlleistungen milder und verständnisvoller formuliert werden. Beispiele dafür sind bekannt.

Allerdings fällt es dem Schweizer besonders schwer, Fehler einzugestehen und sie zu akzeptieren. Kommt dies daher, weil die Schweiz im Sternzeichen der Jungfrau «geboren» ist? In diesem Zeichen dominieren Charaktereigen-

Fortsetzung auf Seite 6



## Asyl soll Asyl bleiben

Engagiert plädierte FDP-Nationalrätin Lili Nabholz-Haidegger ZH in der Sommersession dafür, dass die Schweiz an der Grundkonzeption ihrer Asylpolitik, nämlich wirklich Verfolgten Schutz zu bieten, festhält. In der Debatte zur Asylgesetzrevision meinte sie weiter: «Asyl soll Asyl bleiben. Unser Land muss ein Zufluchtsort für politisch, religiös und ethisch Verfolgte sein.» Gerade deshalb seien alle Massnahmen, die zur Beschleunigung der Verfahren, zu einer erhöhten Legitimation der Entscheide, zu einer raschen Triage zwischen klar positiven und klar negativen Fällen und dem konsequenten Vollzug von Wegweisungsentscheiden dienen, zu begrüssen. Im Interesse einer langfristigen Erhaltung der schweizerischen Asyltradition dürfe die Asylpolitik nicht ausgehöhlt werden.

(Photo ruti)

Dominante Absage  
an kommunistische Herrschaft in Osteuropa

## Erste Demokratieetappe abgeschlossen

Die erste Etappe auf dem Weg in die Demokratie im einstigen Sowjetblock ist mit den Mehrparteiwahlen in Bulgarien und der Tschechoslowakei abgeschlossen. Osteuropa gestaltet seine nachsozialistische Epoche in nationalen Farben. Die Absage an die kommunistische Herrschaft ist, mit der Ausnahme von Rumänien, dominant und endgültig.

Die Polen wählten frei vor einem Jahr ihren Senat, derweil sich die Kommunisten der Vereinigten Arbeiterpartei und ihre ehemaligen Verbündeten im Sejm, dem Parlament, 65 Prozent der Sitze reserviert hatten. Es folgten in diesem Jahr erstmals freie Wahlen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der DDR, Ungarn und in Rumänien. In Polen verloren bei Kommunalwahlen im Mai die Kommunisten ihre letzten Bastionen.

Die Kommunisten wurden in den meisten Ex-Satellitenstaaten buchstäblich pulverisiert, von der politischen und parlamentarischen Bühne weggefegt. In der DDR erreichten sie 16 Prozent, in Ungarn 10 Prozent und in der Tschechoslowakei 13 Prozent. Einzig in Bulgarien schafften die Kommunisten ein «Comeback», sicherten sich eine Zweidrittelmehrheit in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Mit überwältigenden 86 Prozent entschieden sich die Rumänen für die Nationale Rettungsfront, die sich vom ersten Augenblick des blutigen Dezemberaufstandes an gegen den Diktator Nicolae Ceausescu «in Front» hielt und jetzt immer mehr Züge einer Post-Ceausescu-Diktatur annimmt, allerdings einer durch Wählerentscheid legitimierten.

In der Tschechoslowakei ging wie erwartet am 8./9. Juni das Bürgerforum als Sieger aus den Wahlen für das Bundesparlament in Prag hervor. Das Bürgerforum war die treibende Kraft der tschechoslowakischen Revolution. Staatspräsident Vaclav Havel ist prominentester Vertreter des Bürgerforums, dem auch Reformkommunisten der späten sechziger Jahre angehören (Alexander Dubcek). Im Juli wählt das Bundesparlament – eigentlich eine Verfassungsgebende Versammlung – einen neuen Staatspräsidenten. Es dürfte der alte sein. Im Herbst sollen Marktwirtschaft, Preisreform und Privatisierung eingeführt werden.

### Geschickte Kommunisten

Von den ehemals in Osteuropa herrschenden Kommunisten dürften sich die bulgarischen als die bis anhin taktisch gewiegtsten erweisen, doch gilt es unter anderem, einen anderen historischen Hintergrund zu berücksichtigen als in den früheren Bruderländern. Die Bevölkerung der DDR, Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei fühlte sich mit Recht unter einem Besatzungsregime – jenem der Sowjetunion – lebend, folglich unterdrückt. Nicht so, zumindest nicht in diesem Ausmasse die Bulgaren, die tiefgreifende historische Wurzeln zu den Russen haben. In Sofia steht das Denkmal des Befreierzaren Alexander II., der im vorigen Jahrhundert den Bulgaren half, sich vom türkischen Joch zu befreien.

Von den Bulgaren haben die Russen ihre kyrillische Schrift, und die ursprünglichen Liturgietexte der russisch-orthodoxen Kirche sind auf albulgarisch. Bulgarien stand im Ersten und im Zweiten Weltkrieg auf seiten der Deutschen, doch als Achsenmacht beteiligte es sich – im Unterschied zu den Rumänen und Ungarn – nicht an Hitlers Russlandfeldzug; es lebte in Frieden mit der Sowjetunion, um dann aber doch am 5. September 1944 von dieser überfallen zu werden. Wäre der damalige König

Boris mit den deutschen Armeen in den Krieg gegen die Sowjetunion gezogen, so hätte er wahrscheinlich eine Revolution der Bulgaren riskiert.

Buchstäblich fünf vor zwölf stürzten am 10. November vergangenen Jahres die bulgarischen Kommunisten den langjährigen Diktator Todor Schiwkoff, schworen ihrem Machtanspruch ab, bekannten sich zu Pluralismus und Marktwirtschaft und gaben sich einen neuen Namen. Sie nennen sich jetzt Sozialisten, historisch nicht einmal derart abwegig, weil sich schon um die Jahrhundertwende die bulgarischen Sozialisten in einen gemäßigten und einen radikalen – einen kommunistischen – Flügel gespalten hatten, lange bevor ein Lenin die Macht ergriffen und den sowjetischen Staat geschaffen hatte.

In ihrer Wahlpropaganda operierten die neuen Sozialisten geschickter, wenn auch nicht immer sauber, als die aus 16 politischen

### «Gestürzte Revolutionen»

Die ideologische Konzeption des «realen Sozialismus» ist diskreditiert, die Sowjetunion bedarf eines neuen Interessenausgleichs mit den Staaten Osteuropa, der eine dauerhafte und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit gestattet, ohne auf den früheren ideologisierten Grundlagen aufzubauen: Das sind die Schlussfolgerungen von Waleri Mussatow in einer im Parteiblatt «Prawda» veröffentlichten Analyse über die osteuropäische Entwicklung. Für den stellvertretenden Leiter der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) sind die «gestürzten Revolutionen» Osteuropas (die Machtergreifungen der Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg) das Ergebnis lange herangereifter Krisen. Der Staatssozialismus habe schon in den siebziger Jahren seine «Ineffektivität in politischer und sozialökonomischer Hinsicht» gezeigt. *BAU*

Gruppierungen bestehende Union der demokratischen Kräfte (UDK). Sie konnten auf die gut 20 Prozent der sechseinhalb Millionen wahlberechtigten Bulgaren zählen, die eingeschriebene Parteimitglieder sind. Der neuen Führung unter Petar Mladenoff und Andrei Lukanoff gelang es, selbst Nichtkommunisten davon zu überzeugen, dass für alle Übel der Vergangenheit, obwohl sie selbst diese Vergangenheit mitgetragen hatten, die Schiwkoff-Clique verantwortlich sei. Auch die Terrorherrschaft der Kommunisten (nach dem Einmarsch der Roten Armee 1944), in deren Verlauf eine Viertelmillion Menschen liquidiert wurde, wurde dem gestürzten Parteichef angelastet.

Die UDK wurde von den Intellektuellen, der Jugend gewählt. Der Grossteil der bulgarischen Bevölkerung ist über 35, 40 Jahre alt, und vorab die 50jährigen fürchteten um ihre Renten (das Pensionierungsalter liegt bei 55). Im Wahlkampf, vor allem auf dem Lande, hatten die «Sozialisten» unter anderem behauptet, die UDK werde, als Folge der von ihr geplanten radikalen Einführung der Marktwirtschaft, «vielleicht» die Renten abschaffen, es werde «enorme» Arbeitslosigkeit geben. In der Tat, etwa eine Million Beschäftigte in unrentablen Staatsbetrieben müssten sich nach neuer Arbeit umsehen, das heisst, eigene Initiative entwickeln. Aus diesem Grunde wählte die «Provinz» lieber den «Teufel», den sie zwar nicht liebt, an den sie sich in den vergangenen 45 Jahren aber gewöhnt hat.

Die «Sozialisten» dürften eine Koalition mit einer der kleinen Parteien eingehen, um zu beweisen, dass sie nicht mehr Kommunisten sind... und sicherlich schon bald der Sozialistischen Internationale einen Antrag um Aufnahme stellen.

### In freier Wahl für die alten Methoden

Polen, Ungarn und Tschechen und Slowaken dürften zunehmend hoch erfreut sein über den Wahlausgang in Rumänien: Es scheint, im Wettbewerb um westliche Wirtschaftshilfe beziehungsweise Entwicklungshilfe haben sich die Rumänen – zumindest für den Augenblick – als Mitkonkurrenten selbst ausgeschaltet. Frei entschieden sie sich für die alten Methoden der Unterdrückung, jetzt unter Präsident Ion Iliescu und seiner Rettungsfront. Doch die echte rumänische Revolution – oder Eruption – dürfte erst noch bevorstehen.

Die rumänische Dezemberrevolution ist nicht das Ergebnis jahrelanger intellektueller Dissidenz, noch wurde sie von Andersdenkenden getragen. Der blutige Aufstand war gleichsam der Aufschrei einer geknechteten, geschundenen Bevölkerung, ein Aufschrei der Erbitterung. Die Nationale Rettungsfront übernahm die Kontrolle über

eine Revolution, die der «Artikulation in halbwegs gelenkten Bahnen» bedurfte, und gab dieser ein Ziel. Dass der Rettungsfront dies gelang, ist vor allem dem Alt- und Neokommunisten Iliescu zuzuschreiben. Er erkannte und verstand, dass der von Ceausescu praktizierte Kommunismus-Faschismus nur zu gut funktioniert hatte. Staat und Partei waren eins, verkörpert durch Ceausescu. Folgerichtig schob Iliescu sämtliche Schuld dem – in aller Heimlichkeit und Eile hingerichteten – gestürzten Diktator in die Schuhe.

Die Rumänen wissen bis heute nicht, wer im Dezember das Feuer auf Demonstranten eröffnete, und Iliescu hütet sich, bekanntzugeben, was mit der kommunistischen Partei und der ehemaligen Geheimpolizei, der Securitate, geschehen ist. Es gelang ihm, eine Allianz gegen all jene zu schmieden, die wegen ihrer Kooperation mit dem alten Regime kompromittiert waren. So gewann er die Unterstützung von Millionen von Rumänen.

Der nächste Schritt galt der Konsolidierung seiner Macht beziehungsweise derjenigen der Rettungsfront: Das Millionenheer der schlecht ausgebildeten, miserabel entlohnten Industriearbeiter ist die erste Generation ursprünglicher Bauern. Iliescu suggerierte ihnen, dass Marktwirtschaft lediglich Inflation und Massenarbeitslosigkeit nach sich zöge. Schon einen Monat nach der Revolution konnte er – wie jetzt die Bergarbeiter – lastwagenweise Arbeiter nach Bukarest beordern, um die demonstrierende Opposition zum Schweigen zu bringen. Iliescu gewann die Wahlen, weil er sich vom «Hüter» zum angeblichen «Macher» der Revolution «transformierte».

### Lehren für den Westen

Rumänien – und bis zu einem gewissen Ausmass Bulgarien – steht dafür, dass nicht alle osteuropäischen Völker, wie irrtümlicherweise bis anhin im Westen angenommen wurde, von einem einzigen Wunsche beseelt sind: Für die DDR-Deutschen, die Polen, Tschechen und Slowaken und Ungarn bedeutete die (friedliche) Revolution auch Freiheit, freie Meinungsäusserung, Parteipluralismus, offene Gesellschaft. Für die meisten Rumänen hingegen war der Aufstand vorab «Stundung vor dem Verhungern».

Allen osteuropäischen Staaten steht ein langer, graduell unterschiedlicher Weg zur Korrektur der Systemfehler bevor. Die jetzt gewählten sozialistischen Systeme sowjetischer Prägung haben in Osteuropa eine neue, andere Dritte Welt geschaffen. Selbst mit grosszügigster Hilfe wird sich die enorme Kluft zu Westeuropa, das die Chance hatte, frei zu sein und frei zu bleiben, nicht von heute auf morgen schliessen.

Jacques Baumgartner



Während überall im einstigen Ostblock die Absage an die kommunistische Herrschaft dominant und endgültig ist, scheint in Rumänien die echte Revolution noch bevorzustehen. Wie gewalttätig die jüngsten Ausschreitungen sind, beweist dieses Bild von Demonstrationen gegen die Regierung am 13. Juni 1990. Foto Keystone

### Auch der Westen wird zur Kasse gebeten

Die katastrophalen Umweltzerstörungen, Folgen realer Planwirtschaft im realen Sozialismus, in Osteuropa, der Sowjetunion, sind, wie auch deren Sanierung, grenzübergreifend. Der Osten hat kein Geld und keine Technologie, um aus eigener Kraft die Gefahren, die alle Menschen im «europäischen Haus» bedrohen, zu bannen. Das heisst konkret, die Westeuropäer werden zum grossen Reinemachen gehörig zur Kasse gebeten werden.

Der Kongress in Washington beispielsweise will noch dieses Jahr siebenhundert Millionen Dollar für Umweltsanierungsmassnahmen im «Osten» sprechen (verbunden mit entsprechenden Aufträgen auch für die amerikanische Industrie).

### Eine Kurzbilanz

■ In Bulgarien ist ein Drittel der Wälder tot, die Küste des Schwarzen Meeres von Industrieabwässern vergiftet. Sogar Srednogorie, das Rosental, ist arsenverseucht.

■ Die Luftverschmutzung in DDR-Städten ist fünfzigmal höher als die «erlaubte» nationale Limite. In einigen Gebieten leiden neunzig Prozent der Kinder an Lungenerkrankungen.

■ In Polen sind 95 Prozent der Flüsse tot. Die Hälfte des Akkerlandes ist sauer, metallgetränkt. Leukämie grassiert. Ab neun Metern Tiefe ist die Ostsee tot. Hauptverantwortlich für die «Belastung» sind Polen und die Sowjetunion, die weitgehend ungereinigte Abwässer in die See leiten.

■ In Rumänien ist die Luftverschmutzung bis anhin nicht gemessen worden. Dieser werden Herzkrankheiten, «enorme» Kindersterblichkeit zugeschrieben. Im übrigen gibt es in Rumänien mehrere «Siechendorfer» mit Leprakranken.

■ In der Tschechoslowakei sind siebzig Prozent der Flüsse und die Hälfte der Wälder tot. Die der Giftumwelt zugeschriebenen Krebserkrankungen, das Kindersterben nehmen zu.

■ Arsenikwasser wird im Süden von Ungarn getrunken. Kläranlagen gibt es kaum. Die Hälfte der elf Millionen Ungarn atmet die «normübersteigende Giftluft».

■ Der Kohleregion im Donez-Becken in der Ukraine droht nach jüngsten sowjetischen Berichten eine Umweltkatastrophe. Ursache dieser Bedrohung ist eine Deponie, deren chemische Gifte in verschiedene Kohlgruben eingedrungen sind. Durch ein weiteres Vordringen der Giftstoffe ins Trinkwasser, in Trinkwasserstauseen und ins Asowsche Meer steht, laut der Parteizeitung «Prawda», das ganze Kohlrevier vor einer Katastrophe. Vergiftetes, verseuchtes Trinkwasser hat u. a. dazu geführt, dass die Lebenserwartung der im Gebiet des Areal-sees lebenden Bevölkerung – laut dem sowjetischen Fernsehen – «viermal kürzer ist» als der Durchschnitt in anderen Teilen der Sowjetunion.

### Bald sinkender Lebensstandard?

Zum Leben im künftigen «gemeinsamen europäischen Haus» gehört auch eine gesunde Umwelt in Osteuropa. Derzeit mag es vielleicht noch als übertrieben ausgedrückt erscheinen, aber die satten Westeuropäer müssen sich wahrscheinlich schon bald auf sinkenden Lebensstandard und wieder längere Wochenarbeitszeit «einstimmen», denn der Osten hat keine Mittel zur Umweltsanierung. *BAU*

Bericht über eine FDP-Reise

## Annäherungen an Polen

Warschau und Krakau, die Besichtigung der Nowa-Huta-Werke, ein Abstecher nach Tschenstochau, vor allem aber persönliche Begegnungen mit ersten liberalen Gruppierungen, Eindrücke aus einem Land, das politisch und wirtschaftlich total im Umbruch ist: das waren die Ziele zweier FDP-Reisegruppen, die Ende Mai 1990 Polen besuchten. Anna-Marie Kappeler berichtet von der ersten Reise.

Am Anfang war auch in Warschau die Liebe. An der Weichsel soll eine Sirene so schön gesungen haben, dass ein Ritter dabei sein Herz verlor. Aus der Verbindung entstanden Zwillingen: Wars, ein Knabe, und Zawa, ein Mädchen. Warschau war geboren, so zumindest erzählte es unser polnischer Reiseleiter. Eine Burg der Herzöge von Masowien im 13. Jahrhundert an der Weichselfurt ist der erste historisch gesicherte Fund.

### Konfrontation mit der Geschichte

Die polnische Hauptstadt war die erste Station einer FDP-Reise nach Polen. Und sie konfrontierte gleich mit der harten geschichtlichen Vergangenheit dieses Landes, zeigte aber auch den Widerstandsgeist und Patriotismus der polnischen Bevölkerung.

Im Zweiten Weltkrieg wird die Stadt fast völlig zerstört. Beim Ghettoaufstand werden Zehntausende Juden getötet, der jüdische Stadtteil wird dem Erdboden gleichgemacht. Mehrere Denkmä-

ler erinnern an diese Tragödie. Wo einst das jüdische Viertel war, erstrecken sich heute monoton graue Blocks, dazwischen Baumallee: ein typisch sozialistisches Wohnquartier.

Daneben darf aber die Altstadt nicht unerwähnt bleiben. Mit beispiellosem Mut wurde der Schutthaufen weggeräumt; zwanzig Millionen Kubikmeter sollen es gewesen sein, neunzig Prozent des Warschauer Stadtzentrums lagen in Trümmern, rund 100 000 Minen mussten entschärft werden. Vielen schien damals der Neubau einer polnischen Hauptstadt anderswo sinnvoller. Aber die Überlebenden machten das fast Unmöglich möglich. Nach den übriggebliebenen Plänen, Bildern und Skizzen und nach dem Gedächtnis bauten sie den historischen Stadtkern, die einstigen Prachtbauten, die Hauptstrassen wieder auf, die alten Parkanlagen wurden wiederhergestellt. Besonders hilfreich waren die photographisch genauen Wiedergaben von Bernardo Bellotto, des jüngeren Canaletto, der im 17. Jahr-



Die erste FDP-Reisegruppe grüsst aus Warschau.

Photos: Anna-Marie Kappeler

hundert das damals neue barocke Stadtbild festgehalten hatte.

### Film aus den fünfziger Jahren

Im historischen Museum der Stadt Warschau wird dann ein Film aus den fünfziger Jahren zu diesen Ereignissen gezeigt, mit zwar eindrucksvollen dokumentarischen Aufnahmen, interpretatorisch aber fast unzumutbar einseitig und tiefend von Pathos. So bleibt unerwähnt, dass sich die Rote Armee am Ostufer der Weichsel in Wartestellung zurückzog, als sich die über 40 000 Soldaten der polnischen Untergrundarmee in Warschau am 1. August 1944 zu einem Angriff gegen die Deutschen – unter Einberechnung eines sowjetischen Vormarsches – entschlossen. Erst sechs Wochen später nahm dann allerdings die Sowjetarmee ihre militärischen Operationen

wieder auf, um die nahezu tote Ruinenstadt zu «befreien».

«Gehören wir Polen der gleichen menschlichen Gattung wie die Nazis an?» wird im Film gefragt. – Gleichzeitig mit uns sass eine Gruppe junger Deutscher im Vorführsaal. Warum denn dieser Film heute noch gezeigt werde, fragten wir unsererseits. Ein Projekt für einen neuen Film bestehe, wurden wir beschwichtigt.

### Erste Begegnungen

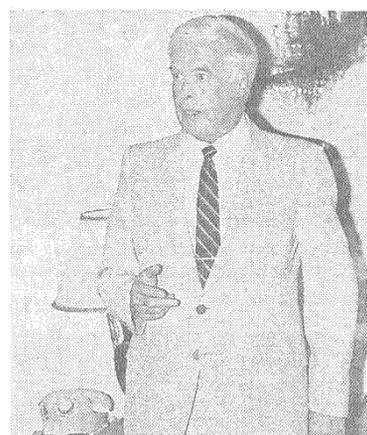
Polen hat grössere Sorgen, wirtschaftliche vor allem. Darüber wurden wir zuerst vom Schweizer Botschafter in Warschau, Dr. Richard Gaechter, informiert, der für beide FDP-Reisegruppen auf der Botschaft einen Empfang organisiert hatte. Inflation, das neue Phänomen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, die Gestaltung der Minderheiten- und der Sozialpolitik sind einige Themen, die den Polen gegenwärtig zu schaffen machen. Neben Botschafter Gaechter gaben auch Oberst Willy Borer, der Schweizer Verteidigungsattaché in Polen und in der DDR, sowie der Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», Marco Schmid, im persönlichen Gespräch kenntnisreich Auskunft über die aktuelle Lage in Polen.

So eingeführt konnten die Eindrücke der nächsten Begegnungen bereits in einen gewissen Rahmen eingefügt werden. Als Vertreter der Union für reale Politik (UPR, eine der beiden grösseren liberalen Gruppierungen im heutigen Polen neben dem liberal-demokratischen Kongress) trat der brillante, witzige und provokative Intellektuelle Janusz Korwin-Mikke auf, als Vertreter der Solidarnosc Professor Dr. Wladislaw Matuszkiewicz und als eine der ersten, die die Möglichkeiten einer freien Marktwirtschaft in Polen ausloten, die junge Unternehmerin (eine Frau, was auch in Polen ungewöhnlich ist) Grazyna Nowaczyk. «NZZ»-Redaktor Gottlieb F. Höpli leitete das Gespräch.

### Abstecher nach Tschenstochau

Ohne (katholische) Kirche aber kann in Polen nicht politisiert werden. Im kleinsten Dorf wird das durch den Kirchenbau augenscheinlich. Dessen sind sich auch die neu erwachten liberalen Kräfte bewusst, die dennoch für eine klare Trennung zwischen Staat und Kirche eintreten.

Ein Abstecher nach dem Marienwallfahrtsort Tschenstochau bekräftigt die grosse Bedeutung der Kirche, deren Einbettung ins Volk. Die Schweizer Reisegruppe war beeindruckt von der Menschenmenge, die in die Kirchen strömte, von der Hingabefähigkeit der Pilger und davon, dass die kirchlichen Formen noch von jeder Generation, Männern wie Frauen selbstverständlich praktiziert werden. Andererseits sind natürlich besonders an einem solchen Ort auch starke Elemente von Volksfrömmigkeit sichtbar. Die Säkularisierung der Gesellschaft hat in Polen erst zögernd begonnen. Möglicherweise wird sich dies durch die zunehmende Demokratisierung ändern. Jedenfalls wird es interessant sein zu verfolgen, inwieweit sich die katholische Kirche, deren Ver-



Der Schweizer Botschafter in Polen, Dr. Richard Gaechter, empfängt die freisinnige Gruppe in Warschau und informiert über die wirtschaftliche und politische Lage.

dienste für Polen unbestritten sind, auch mit einer eingeschränkteren politischen Rolle zufriedengeben wird.

### Strafaktion

Im Gegensatz zu Warschau ist die Altstadt von Krakau im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört worden. Und was für eine Altstadt! Die seit rund 700 Jahren in ihrer Anordnung unveränderte Innenstadt weist rund 700 historische Gebäude auf. Wawel, der Schlossberg mit Kathedrale und Königsschloss, die Marienkirche mit dem Altar aus dem 15. Jahrhundert von Veit Stoss, Universität, Marktplatz mit Tuchhallen, dies sind nur einige der Sehenswürdigkeiten dieser kulturell so reichen Stadt, deren Bewohner entsprechend selbstbewusst sind.

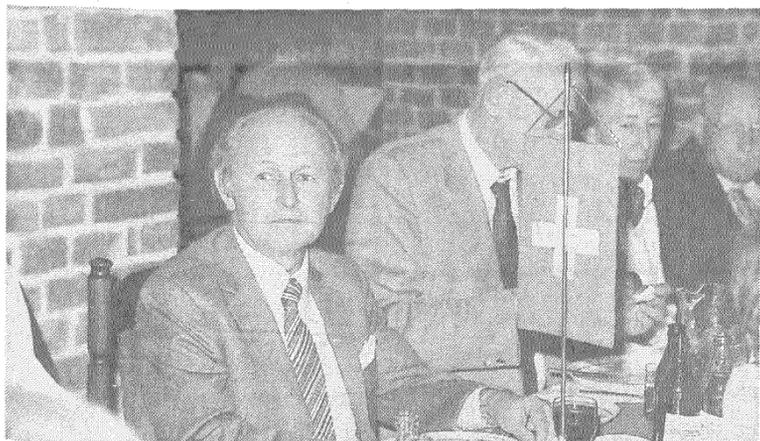
Dieses bürgerliche Selbstbewusstsein der Krakauer war denn auch den ehemals herrschenden Kommunisten ein Dorn im Auge. Um die Bevölkerung zu «durchmischen», vor allem aber, um die Krakauer zu strafen, wurde 1950 vor den Toren der Stadt das riesige metallurgische Lenin-Kombinat, heute Nowa-Huta-Werke, aus dem Boden gestampft. Es produziert jährlich sechs Millionen Tonnen Stahl, beschäftigt rund 40 000 Arbeiterinnen und Arbeiter, umfasst insgesamt 750 einzelne Betriebe, ist veraltet und gänzlich unproduktiv und inzwischen eine wirtschaftliche Belastung für das ganze Land. Vor allem aber stellt es eine immense Belastung dar für die Natur, für die Bewohner Krakaus und all die historischen Bauten.

### Lebendige politische Szene

Auch in Krakau trafen wir wieder mit Liberalen zusammen. In Polen bilden sich gegenwärtig viele Gruppen (das Wort Partei wird tunlichst vermieden), welche die Planwirtschaft in eine freie Marktwirtschaft umgestalten wollen. Der Ansatz ist daher eher ein wirtschaftlicher denn ein politischer. Entscheidend ist, dass sich in solchen Gruppen dann eben aber auch politische Köpfe durchsetzen können.

Die Krakauer Vertreter der Union für reale Politik (UPR) kamen zu viert: ein Bauunternehmer, ein Optiker, ein Geschäftsinhaber von Herrenhemden, ein Hochschullehrer. Aus ihren Voten wurde etwa die Faszination für Premierministerin Thatcher ersichtlich, generell ihre hohe Motivation, etwas zu riskieren. Trotz allen Schwierigkeiten,

## Liberaler Gesprächspartner in Polen



Professor Rudolf Buchala, Liberal-Demokratischer Congress, Katowice.



Unternehmerin Grazyna Nowaczyk, Warschau.



Professor Wladislaw Matuszkiewicz, «Solidarität», Warschau.



Jazek Bednarski, Union für reale Politik, Breslau.



Janusz Korwin-Mikke, Union für reale Politik, Warschau.



Krakauer Vertreter der Union für reale Politik.

**Boesch**  
Gartenbau 01 53 04 80  
Unsere Stärke  
grüne Werke



# Ihr Ferienverbesserer

SKA-Anlage-Service  plus<sup>c</sup>



## Überblick. Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weltweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen – zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

Mehr Überblick verschafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

Sie treffen Ihre Entscheide auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT  
SKA

mit denen die polnische Wirtschaft, mit denen aber auch die politischen Gruppierungen ohne gesetzliche Grundlagen, ohne Geld und Infrastruktur fertig werden müssen, war Optimismus spürbar.

Wie vielfältig gegenwärtig die politische Szene in Polen auch in den einzelnen Gruppierungen ist, zeigte der Vertreter der UPR aus Breslau, Jazek Bednarski, ein internationaler Schachmeister. Weniger konkret, weniger optimistisch, aber mit heisser Diskussionslust stellte er seine Vorstellungen eines künftigen Polens vor.

Als grosser politischer Kopf, glänzender Analytiker, umfassend gebildeter Mitteleuropäer kann der Politologe und Professor an der Hochschule für Volkswirtschaft in Katowice, Rudolf Buchala, Mitbegründer des liberal-demokratischen Kongresses, bezeichnet werden. Er schaffte es, die vielen Eindrücke, welche die FDP-Reiseteilnehmer in all den Tagen über Polen gewonnen hatten, zu einem umfassenden, gut verständlichen Gesamtbild zu vereinen. Sein Fazit tönte weniger optimistisch. Er meinte, die Polen seien in einer sehr heiklen Phase, bisher sei das Existenzminimum ohne Anstrengung garantiert gewesen, die Menschen hätten es verlernt, selber etwas tun zu müssen.

### Fazit

Und das Fazit der Teilnehmer der Polenreise, die vom FDP-Generalsekretariat zusammen mit dem Reisebüro Marti organisiert worden war? Fast schon schweren Herzens gehe er heim, so gern habe er das Land gewonnen, sagte einer. Und ein kritischer Geist meinte doch, die Reise sei als Erfolg zu buchen. Ein dritter gar versicherte, er werde die Reise sein ganzes Leben lang nicht vergessen.

## Von Tag zu Tag

### Wider die Gesetzesflut

Im «Freisinn» Nr. 5 forderte Fürsprecher Markus Beer (Ittigen, BE) ein verstärktes liberales Engagement im langwierigen Gesetzgebungsprozess. Seine liberalen Positionen und Betrachtungen entsprechen einem parlamentarischen Vorstoss, den FDP-Nationalrat Peter Spälti (ZH) am 22. März 1990 eingereicht hat. Dieser Vorstoss zeigt auf, dass grundsätzliche theoretische Überlegungen über Gesetzgebungsfragen innerhalb der FDP auch konkrete Aktionen auslösen.

Peter Spälti hält in seiner Interpellation zunächst fest, dass eine Umfrage des Bundesamtes für Justiz ergeben hat, dass zwei Drittel aller Schweizerinnen und Schweizer sich über eine zu grosse Gesetzesflut beklagen.

Der freisinnige Parlamentarier ersucht den Bundesrat – zusammen mit fünfzig Mitunterzeichnern – gerade auch im Hinblick auf die mögliche Öffnung der Schweiz gegenüber der Europäischen Gemeinschaft, die ihrerseits auch für die schweizerische Gesetzgebung Konsequenzen haben dürfte, die entsprechenden Empfindungen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Er fordert die Landesregierung auf, die konkreten Absichten und Massnahmen aufzuzeigen, um ihr Legislaturziel zu erreichen, nämlich Ausbau der Gesetzesevaluation und den gezielten Abbau der Regelungsichte.

### Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Zeitschriften, Sägereistr. 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

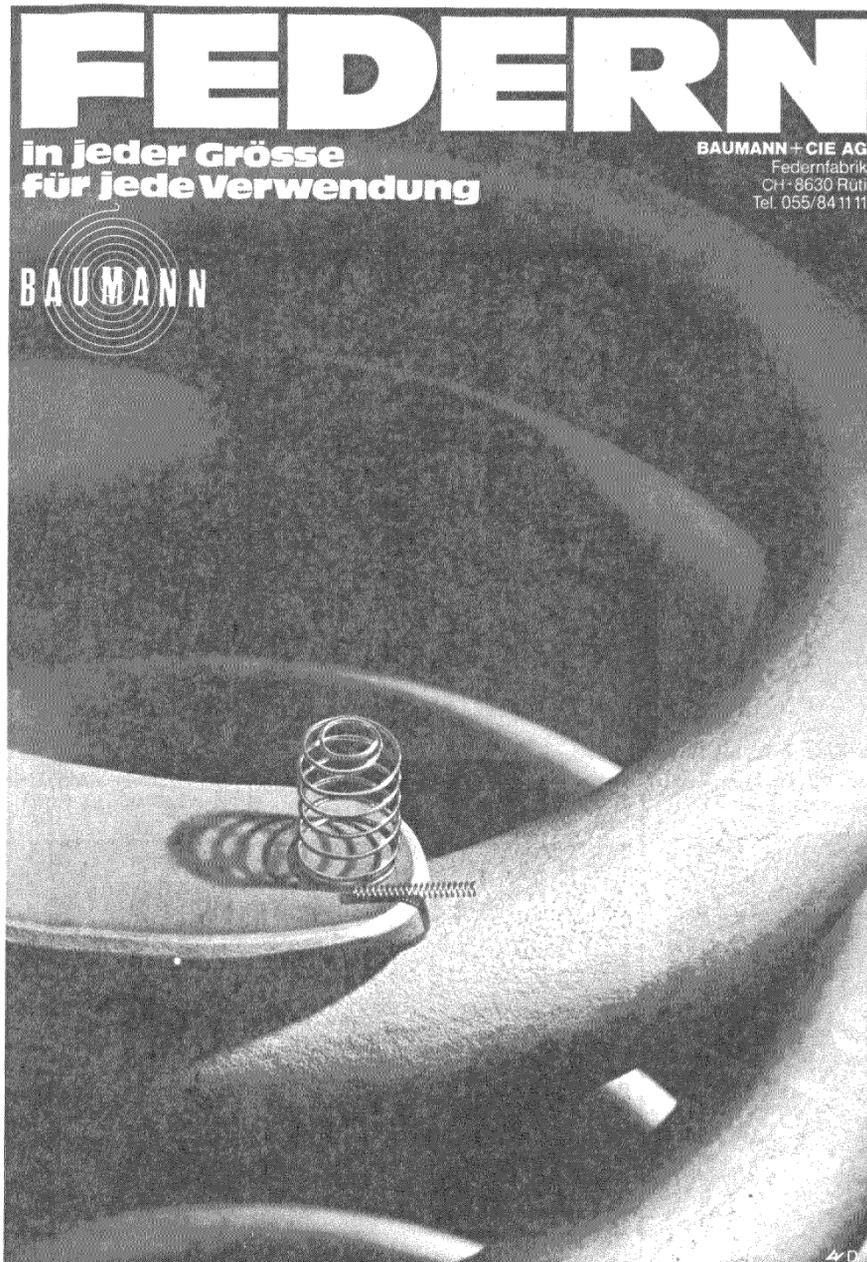
Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.

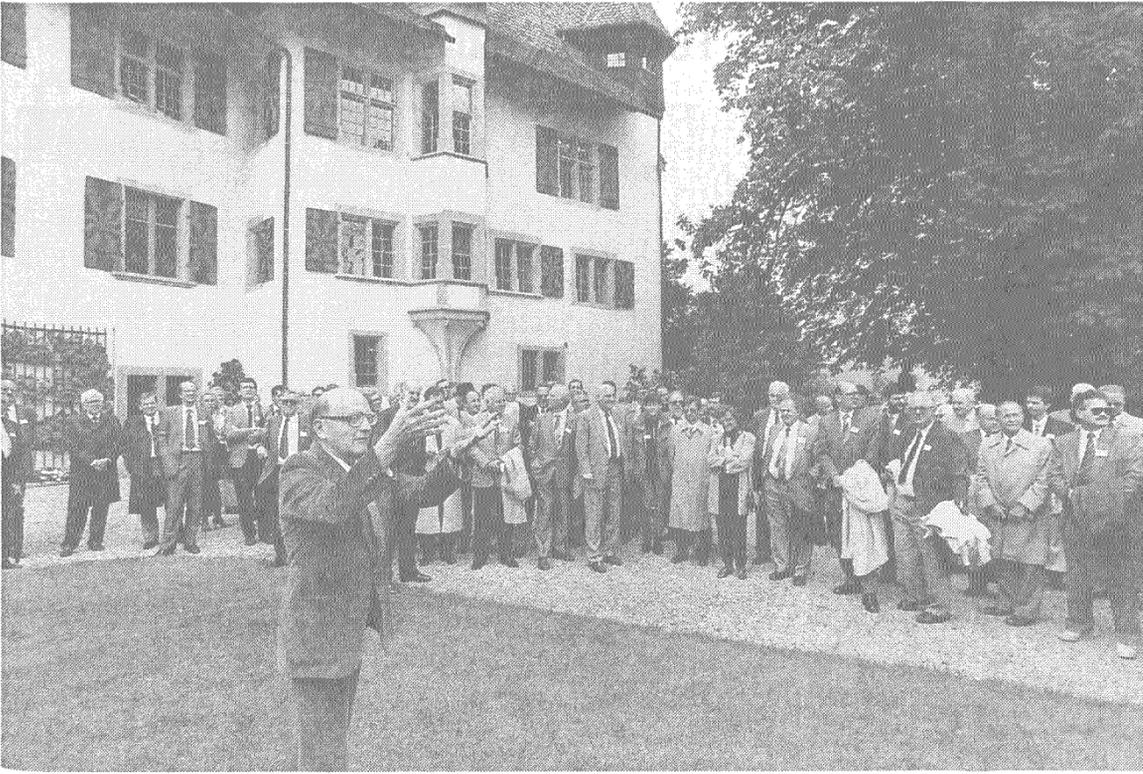
# FEDERN

in jeder Grösse  
für jede Verwendung

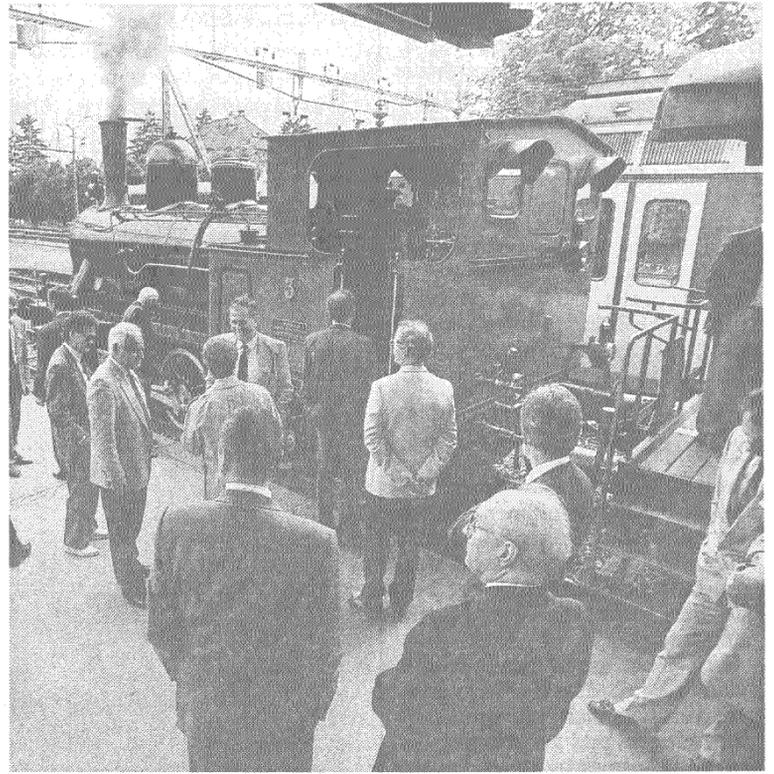
BAUMANN + CIE AG  
Federnfabrik  
CH-8630 Ruti  
Tel. 055/84 11 11

BAUMANN





Kenntnisreich und witzig erzählte Hans Rudolf Hubler der freisinnigen Gruppe die wechselvolle Geschichte des Schlosses von Spiez und seiner Bewohner.



Dampflokotiven haben einen anderen Rhythmus als moderne elektrische Züge. Ein Zwischenhalt zum Wasserfassen in Thun gab Gelegenheit zur Besichtigung des Nostalgie-Zugs und zum Gespräch.



Gastgeber auf dem Schloss in Spiez war der neuerkürte Berner FDP-Regierungsrat, Peter Widmer, ehemals Gemeindepräsident in Spiez (links). Bundesrat Kaspar Villiger gratuliert ihm noch nachträglich zu seiner Wahl.

FDP-Fraktionsausflug

**Auf den Spuren der Geschichte**

Ziel des diesjährigen Ausflugs der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung und deren Gäste war Spiez. Schon die Fahrt von Bern nach Spiez mit dem Nostalgie-Dampfzug war eine Attraktion. Weit zurück in die Berner und Schweizer Geschichte führte dann der Rundgang durch Schloss und Kirche in Spiez. Stimmig war denn auch der Name des Schiffs, das die freisinnigen Ausflügler nach Thun führte, es hiess nämlich «Bubenberg».



Vier FDP-Nationalräte aus vier Kantonen beschlossen offenbar einstimmig eine Kaffeepause. Fertig brachten das (von links) Hans-Rudolf Früh (AR), Christian Wanner (SO), Walter Zwingli (SG) und Karl Tschuppert (LU).



FDP-Fraktionspräsident Nationalrat Pascal Couchepin (VS), links, im Gespräch mit einem Journalisten.



Auch in der Kirche folgen die Freisinnigen den Ausführungen von Hans Rudolf Hubler aufmerksam.

**Kostbarkeit aus Meisterhand. Von La Paz.**



Es ist nicht leicht, ausgewogen mélangierte Cigarillos zu machen. Das Verhältnis von Innengut zu Um- und Deckblatt ist bei kleinen Façons weniger günstig als bei grossen. Und das erfordert perfekte Handwerkskunst.

Die Cigarrenmacher von La Paz verstehen ihr Handwerk. Cigarillos Puritos sind eine Komposition reiner und edelster Tabake weltberühmter Provenienzen, umhüllt mit einem gleichmässig brennenden Umblatt. Und natürlich einem makellosen Deckblatt. Gehaltvolle und doch milde Aromakompositionen im Kleinstformat. Mit erstaunlich langer Rauchdauer. Meisterstücke eben, wie sie nur aus dem Hause La Paz kommen können.

Für den Geniesser, der das Exklusive und Echte sucht.

La Paz Puritos: Exklusiv(r)echte.



Cigarros Autenticos.

Fortsetzung von Seite 1

schaften wie Genauigkeit, Pünktlichkeit, Sauberkeit, aber auch die Neigung zur Perfektion. Um so mehr müssen wir uns durch einen Willensakt zu einem neuen Verständnis im Umgang mit Fehlern durchringen. Dies fördert die Entscheidungsfreudigkeit, ebenso wie den Führungswillen, und überwindet die «hektische Stagnation», in der sich unser Land zu befinden scheint. Die Zukunftsaufgaben sind derart wichtig, dass wir uns nicht allzusehr in Fehler verkrallen sollten.

### Ein Beispiel

Am Beispiel des Desasters von Bilten, wo nach den offenen Worten von Bundesrat Kaspar Villiger 26 Millionen im Sumpf verflocht wurden, lässt sich zeigen, welche Folgen das Verdecken von Fehlern hat.

Weil nicht rasch genug eingestanden wird, dass Fehler vorliegen, versucht man, sie progressiv zu beseitigen, und gerät immer tiefer und kostenwirksamer in die Misere. In Bilten versuchte man, durch Pfählung den bodenlosen Baugrund zu stabilisieren, was in diesem setzungssensiblen Gebiet nicht gelang. Die zahlreichen Mitwisser geraten in einen Gewissenskonflikt zwischen der Loyalität und Vorgesetzten gegenüber und der Offenbarung der Wahrheit. Schliesslich entstehen Gerüchte. Das Klima unter den Mitarbeitern verschlechtert sich. Es entfacht sich ein Schwelbrand. Dann endlich bricht das Feuer aus. Die Öffentlichkeit vernimmt durch die Medien von der Fehlplanung.

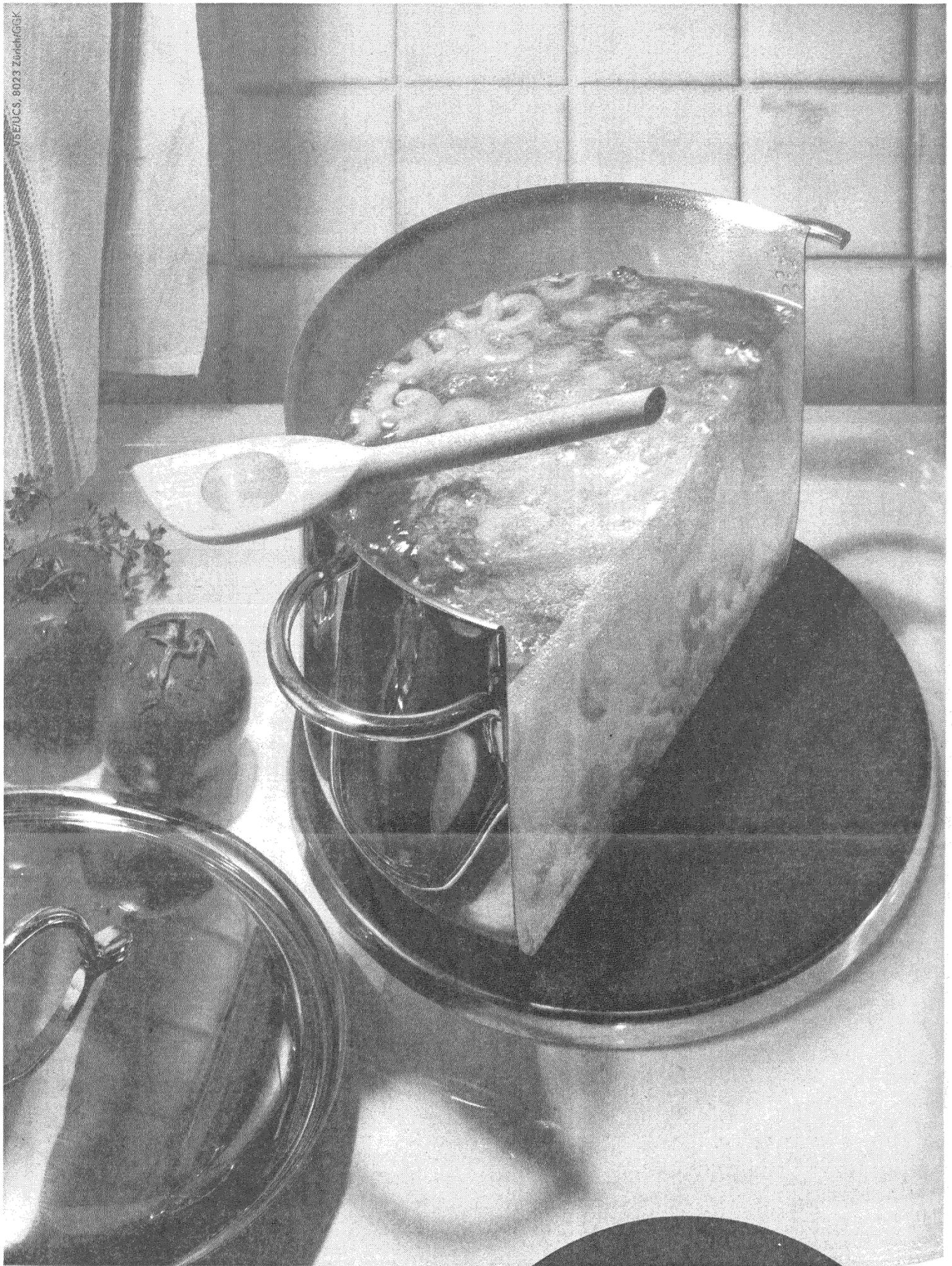
### Kooperative Haltung

Diese Eigendynamik nicht frühzeitig eingestandener Fehler kommt nicht nur beim Staat vor. Fehler sind heute unvermeidlich. Je mehr die Geschäftstätigkeit von der Sachkompetenz verschiedener Fachleute und deren Zusammenwirken abhängt, um so grösser ist die Gefahr, dass Fehler entstehen.

Dies einzugestehen ist das eine, daraus die Konsequenzen zu ziehen das andere. Bei einer autoritären Geschäftsführung, die auf der Bestrafung von Fehlern beruht, häufen sie sich, und es vergrössert sich die Neigung, sie zu vertuschen. Es ist darum wichtig, dass ein kooperativer, offener Führungsstil das Eingeständnis von Fehlern möglich macht.

Es ist aber auch nötig, dass die Öffentlichkeit zu einem neuen Verhältnis im Umgang mit Fehlern kommt. Mit Kopfschütteln und lauten Rücktrittsforderungen handeln wir nicht angemessen. Für eine neue Kultur im Umgang mit Fehlern des Staates braucht es nicht nur eine offenere und selbstkritischere Verwaltung, sondern auch Medienvertreter, die auf das Eingeständnis von Fehlern offen und kooperativ reagieren.

## Dieser Gaumenfreude fehlen 40% Strom.



40% Strom aus Kernkraftwerken und 60% Strom aus Wasserkraftwerken erledigen den Schweizer Haushalt auf Knopfdruck und im Handumdrehen. Strom friert, kühlt, taut, wärmt, kocht, brät und bäckt Speisen und wäscht, spült und trocknet Geschirr und Besteck. Strom macht sich aber nicht nur in der Küche, sondern

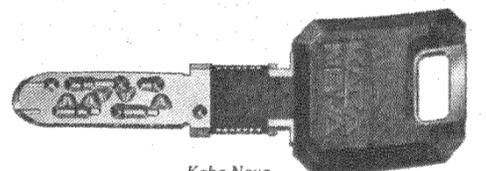
vom Keller bis in den Estrich nützlich. Ihre Schweizerischen Elektrizitätswerke erzeugen diesen Strom in Kernkraftwerken und Wasserkraftwerken. Solange auch bei intensiver Forschung keine ausreichenden Alternativen zur Verfügung stehen und wir alle trotz Sparanstrengungen eher mehr als weniger Strom

brauchen, können wir weder auf die 40% Kernkraft noch auf die Wasserkraft verzichten. Ohne genügend Strom würden wir uns nämlich schon an der Zubereitung von Gaumenfreuden die Zähne ausbeissen.

**STROM FÜR DAS GANZE LEBEN.**

*Den SBB-Kritikern hielt Bundesrat Adolf Ogi in der Parlamentsdebatte über den Geschäftsbericht entgegen, die Kunden würden eben auch ein «Just in time»-Angebot fordern. Meinte Jean-Pierre Bonny (fdp., Bern) maliziös: «Tschöst in teim – wieder dieses Skilehrer-Englisch!»* Mutzli

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Nova.  
Das praxiserprobte, mechanisch-elektronische Schliesssystem.  
Von Bauer Kaba.

Fordern Sie zum Kennenlernen die Kaba Nova-Videokassette oder den Prospekt an: Telefon 01/931 61 11.

FDP erarbeitet liberales Manifest

**Freiheit heute und morgen**

Freiheit für die Menschen von heute und auch für kommende Generationen, Selbstverantwortung und Mitverantwortung für das Ganze: das sind die zentralen Grundwerte, auf die sich freisinnige Politik beziehen soll. Als Fortsetzung der Liberalismustagung vom 13. Januar 1990 und als Grundlage für das neue Parteiprogramm hat die Arbeitsgruppe der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) unter dem Präsidium von Ständerat René Rhinow (BL) ein liberales Manifest erarbeitet.

Im Zentrum des liberalen Manifestes steht der Einbezug der Zeitachse für die Definition der Freiheit. Danach hat sich eine liberale Politik, wie sie der Freisinn betreibt, sowohl für die Freiheit der Menschen von heute einzusetzen als auch der Freiheit der Nachwelt Sorge zu tragen. Aus diesem liberalen Prinzip ergeben sich konkrete Auswirkungen beispielsweise für den Umweltschutz oder die Bodenpolitik. Die Marktwirtschaft be-

ruht auf der Freiheitsidee. Sie muss danach trachten, das Entstehen ökologischer und sozialer Folgeprobleme zu vermeiden. Beim Schutz von Mit- und Nachwelt sind marktwirtschaftliche Instrumente einzusetzen.

Der Begriff der Verantwortung, wie ihn die FDP-Mitglieder an der Liberalismustagung erarbeitet haben und wie er nun im liberalen Manifest festgehalten ist, umfasst sowohl die Selbstverantwortung

des Einzelnen als auch die Mitverantwortung des Einzelnen für das Ganze. Nach Ansicht der Freisinnigen braucht eine ernsthafte Politik Menschen, welche Verstand, Herz und Gemüt einbringen und anerkennen, Menschen, die zur kritischen, schonungslosen Einsicht in schwerwiegende Probleme ebenso fähig sind wie zur beherzten Tat und damit zum Tragen der Verantwortung in unsicherer Zeit.

Kultur ist ein weiteres wichtiges Schlüsselwort im liberalen Manifest der FDP. Kultur ermöglicht das Wahrnehmen von Freiheit und Verantwortung. So bedarf eine gelebte und lebendige Demokratie einer politischen Kultur, die auf der Achtung des politischen Gegners beruht, auf der Bereitschaft sowohl zum Konflikt als Motor des gesellschaftlichen kulturellen Wandels als auch zum Konsens und zum positiven Kompromiss.

Eine lebensnahe, lebenslange und ganzheitliche Bildung aller Talente und Fähigkeiten soll die Befähigung fördern, kreativ und vernetzt und denken und das Verständnis für geschichtliche, kulturelle, ökologische und wirtschaftliche Zusammenhänge zu wecken und zu vertiefen. AMK

**Modernisierung des Staates**

Nachdem in der Politik wieder etwas Ruhe eingekehrt ist und Parlamente und Regierungen auf eidgenössischer wie auf kantonaler Ebene darangehen, die Fichenaffäre zu bewältigen, drängt sich im nachhinein eine Feststellung auf: Es geht nicht nur darum, diese Vertrauenskrise aufzufangen und einen künftigen Staatsschutz gesetzlich zu fassen und demokratisch zu kontrollieren. Es geht auch darum, unsere Staatsstrukturen im gesamten zu überprüfen.

Also ist es geboten, in einer sorgfältigen Auslegeordnung festzustellen, wo unser Staat den modernen Erfordernissen genügt und wo er neu strukturiert werden muss, ohne dass demokratische Substanz verlorenght.

Als dringlichstes Problem zeichnet sich, da sind sich wohl die meisten politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger einig, die Reform unserer Staatsspitze ab. Durch die wachsende Arbeitslast, und zwar nur schon durch die verstärkte Internationalisierung der Politik – etwa Teilnahme an internationalen Konferenzen, die im notwendigen Interesse der Schweiz liegen –, ist der Bundesrat als Ganzes überlastet oder sogar überfordert. Ein Politiker meinte: «Der Bundesrat muss mit den Instrumenten des 19. Jahrhunderts die Probleme des 21. Jahrhunderts bewältigen, und das geht schief.»

Verschiedene Vorschläge liegen auf dem Tisch. Die FDP schlägt in ihren Motionen

vier Modelle vor, die teilweise neu sind, teilweise aus früheren Diskussionen stammen: die Neustrukturierung der Departemente, die Einführung von Staatssekretären, die auch politische Verantwortung tragen müssten, ein wesentlich erweitertes Kollegium des Bundesrates mit einem verstärkten Präsidium oder eine Verstärkung des Kollegiums durch Minister. Andere erwägen die Einführung eines achten Bundesrates.

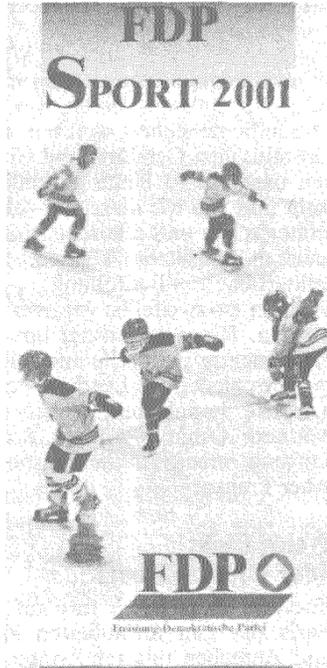
Wichtig scheint mir, dass die Reform der Regierung auf Bundesebene nun unverzüglich an die Hand genommen wird, zuerst durch den Bundesrat mit einer Vorlage an das Parlament, dann durch die eidgenössischen Räte und schliesslich durch Volk und Stände. Wie sagte doch Bundespräsident Arnold Koller letzthin in einem Interview? «Die Schweiz ist in schwierigen Lagen doch sehr reformwillig.»

Dr. Regula Frei-Stolber, Aarau

**Sport und Kommunikation**

Sport schafft Möglichkeiten der Begegnung und erleichtert damit die Kommunikation in einer Gesellschaft, welche den Dialog fortwährend sucht. Diese Feststellung hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) veranlasst, das Phänomen Sport in unserer Zeit und für die Zukunft unter die Lupe zu nehmen. Das Resultat ist eine Broschüre, die unter dem Titel «FDP. Sport 2001» erschienen ist.

In der Einleitung macht sich Christian Kauter, Generalsekretär der FDP der Schweiz und



zweifacher Olympiamedailengewinner im Fechten, grundsätzliche Gedanken über die Werte des Sports. Die Broschüre «FDP. Sport 2001» begnügt sich schliesslich nicht damit, die Strukturen und Hauptmerkmale des heutigen Sportbetriebs aufzuzeigen. Die Zukunft des Sports wird ebenfalls unter freisinnigem

Aspekt erörtert. Zahlreiche Vorschläge konkretisieren die Überlegungen. Einige Beispiele:

● **Sport und Infrastruktur:** Die FDP der Schweiz setzt sich für die Erstellung von hundert zusätzlichen Turnhallen auf dem gesamten Gebiet der Schweiz ein. Diese neuen Anlagen sind nach Ansicht der Partei absolut unentbehrlich, damit es möglich sein wird, die Forderungen der heute schon in Kraft stehenden Gesetzgebung betreffend Turnunterricht in Schulen zu erfüllen.

● **Sport und Umwelt:** Die Freisinnigen setzen auf die aktive, eigenverantwortliche Rolle, die die Organisatoren von sportlichen Veranstaltungen in diesem Bereich spielen müssen. Die FDP spricht sich für kombinierte Fahrkarten öffentliches Verkehrsmittel/Eintritt für die Sportveranstaltung aus. Sie schlägt weiter die Einführung einer Fahrkarte «Trans-sport» zu besonders vorteilhaften Bedingungen vor, und zwar ausschliesslich für Sportler, die an einen sportlichen Wettkampf reisen, an dem sie teilnehmen.

● **Sport und Wirtschaft:** Die FDP der Schweiz unterstützt die Anstrengungen zugunsten einer gemässigten regionalen Entwicklung des Sports, hauptsächlich in Bergregionen, wodurch die Aufrechterhaltung der lokalen Beschäftigung gewährleistet werden soll.

● **Sport und Gesellschaft:** Die FDP ist für eine Herabsetzung der Alterslimite für «Jugend und Sport» auf zwölf, unter Umständen auf zehn Jahre und unterstützt die Propagierung des Slogans «Sport statt Drogen».

Die Broschüre «FDP. Sport 2001» kann auf dem Generalsekretariat der FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, bestellt werden, Tel. (031) 22 34 38.

# Haben die Banken den Bogen beim Hypozins überspannt?

Rudolf Summermatter, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Neuen Aargauer Bank, nimmt Stellung zu Fragen eines kritischen Schweizers.



«Auch die Banken haben lieber niedrige Zinsen.»

Wie hoch wollen die Banken den Hypothekenzins eigentlich noch treiben?

Summermatter: Die Zinssätze sind, wie jeder Preis, von Angebot und Nachfrage abhängig. Wenn also das Geld knapp ist, dann steigt eben dieser Preis.

Wieso knapp? Die Banken haben doch Geld genug!

Summermatter: Die Banken sind nicht Geldbesitzer, sie sind nur Vermittler. Sie müssen das Geld, das sie für Hypotheken ausleihen, zuerst einkaufen und einen Preis dafür zahlen.

Soll das heissen, die mächtigen Banken können den Preis nicht selber bestimmen?

Summermatter: Das können sie tatsächlich nicht. Normalerweise kommt das Geld für die Hypotheken hauptsächlich von den Sparern. Aber jetzt haben diese Milliardenbeträge vom Sparkonto abgehoben und ertragreicher angelegt. Darum fehlt den Banken das günstige Geld.

Dann sollen sie doch weniger Hypotheken geben!

Summermatter: Ohne Hypotheken werden keine Wohnungen gebaut. Darum müssen die Banken das Geld für Hypotheken bereitstellen. Heute müssen sie aber dafür einen höheren Preis zahlen. Und dann auch einen höheren Preis dafür verlangen.

Und wieso verteuern sich die Hypotheken auch für Häuser, die schon lange stehen?

Summermatter: Weil die Banken in Hochzinszeiten wie heute für alle Gelder mehr Zinsen bezahlen müssen. Darum müssen sie auch für Althypotheken höhere Zinsen verlangen.

Den Banken bringt der höhere Zins natürlich auch höhere Profite, oder etwa nicht?

Summermatter: Nein. Die Banken verdienen nicht am höheren Zins, sondern an der Marge zwischen den Zinsen, die sie den Sparern und Anlegern zahlen müssen, und den Zinsen, die sie für Kredite und Hypotheken berechnen. Auch die Banken haben lieber niedrige Zinsen.

**DIE SCHWEIZER BANKEN.**  
IM INTERESSE VON UNS ALLEN.

Eine Information der Schweizerischen Bankiervereinigung.

Gedanken zur Armee reform 95

## Chaotisches JE-KA-MI?

Derzeit «hagelt» es geradezu aus allen politischen Lagern an Ideen und Forderungen zur Reorganisation unserer Armee. Damit besteht nun aber auch die Gefahr, dass wir uns in immer mehr Details verlieren und dabei das grundsätzliche Fundament, das es im Zusammenhang mit dem zukünftigen Sinn und Ziel unserer Armee als erstes neu zu definieren und festzulegen gilt, völlig vernachlässigen. FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss (BS) versucht im folgenden Artikel wieder zum Grundsätzlichen der Armee reform zurückzuführen.



keine sinnvolle Armee reform möglich. Wir müssen wissen, wo wir gerade heute stehen, welchen militärpolitischen Gefahren und Chancen unser Land heute gegenübersteht und wie wir diese sinnvoll in strategischen und taktischen Massnahmen umsetzen können. Die militärische Bedrohung der Schweiz ist zweifellos geringer geworden. Hingegen zwingt uns die zunehmende politische Instabilität in verschiedenen Ländern (z. B. baltische Republiken, Naher und Mittlerer Osten usw.) zur Beantwortung neuer sicherheitspolitischer Fragen.

### Wehrpflicht oder Dienstpflicht?

Zweitens müssen wir uns auf der Basis der neu formulierten Ziele und Aufgaben unserer Armee mit den verfassungsmässigen Grundlagen auseinandersetzen. Sicher gehört dazu, dass an der allgemeinen Wehrpflicht aus verschiedenen Gründen nicht gerüttelt werden kann. Andererseits sind Gedanken, wonach die «Wehrpflicht» verfas-

sungsmässig durch eine «Dienstpflicht» abgelöst werden könnte, ernsthaft zu prüfen, auch wenn ich darin zurzeit mehr Nachteile als Vorteile sehe. Erst mit einer Verfassungsänderung wären zum Thema «Wehrpflicht/Dienstpflicht» Veränderungen möglich. Ich denke dabei an das Dienstverweigerungsproblem, aber auch an die Zivilschutzpflicht, an die Katastrophenhilfe oder an Friedenseinsätze in ausländischen Krisenherden.

### Flexiblere Organisation und Führung

Drittens ist bereits heute klar, dass unsere Armee in Zukunft wesentlich flexibler organisiert und geführt werden muss. So ist es heute beispielsweise fraglich, ob die Wehrgerechtigkeit (das heisst der Anspruch, dass alle Wehrpflichtigen gleich lang Militärdienst absolvieren müssen) noch aufrechterhalten werden kann, denn der Ausbildungsanspruch eines Panzer- oder Nachrichtensoldaten kann sicher nicht mit dem Anspruch von z. B. einem Munitionsdienstsoldaten verglichen werden.

Eng damit verbunden ist die bessere Nutzung der beruflichen Spezialausbildungen der Wehrpflichtigen, die bisher viel zu wenig berücksichtigt wurden und damit zu ineffizienten – aber auch zu demotivierenden – Einsätzen von hochqualifizierten jungen Fachleuten geführt haben. Entscheidend bei diesem Problemkreis wird es sein, die Motivation der Wehrpflichtigen optimal zu stärken, was unweigerlich auch ein neues Informationskonzept innerhalb der Armee verlangt.

### Kein europäischer Ausnahmefall Schweiz

Nach wie vor gilt jedoch, dass auf Grund der allgemeinen politischen

Lage, die heute meines Erachtens unsicherer ist als noch vor einem Jahr, jedem Schweizer Wehrpflichtigen auf allen Kaderstufen die beste Waffe zur Verteidigung gegeben werden muss. Die Schweiz kann sich auch heute nicht auf eine «unbewaffnete Neutralität» zurückziehen, auch wenn dies recht blauäugig immer wieder gefordert wird. Wir sind ein kleiner Teil Europas, in dem auch die EG-Länder klar zu erkennen gegeben haben, dass sie an eine radikale Abrüstung nicht glauben. Das heisst, dass jedes Land ein gewisses Mass an Selbstverteidigung aufrechterhalten will. Die Schweiz kann hier keine Ausnahme bilden.

### Zielstrebige – nicht chaotische Reform

Die geplante Armee reform muss zielstrebig angegangen werden – aber nicht chaotisch. Dazu gehört sicher, dass wir schon heute die Rüstungs- und Bauvorhaben der

Armee kritischer denn je bearbeiten. Dies jedoch unter dem Gesichtspunkt einer neu beurteilten Sicherheitspolitik unseres Landes. Nüchtern betrachtet, dürfen wir einfach nicht meinen, der Weltfriede sei schon ausgebrochen. Zu viele politische Unsicherheitsfaktoren sind noch vorhanden. Punktuell «Ideenmanagement», wie dies derzeit in vielen Kreisen betrieben wird, bringt uns nicht weiter. Das richtige Vorgehen heisst also zusammengefasst:

- Neue Sicherheitspolitik für die Schweiz
- Eventuell Veränderung der Verfassungsgrundlagen
- Erhöhung der Flexibilität unserer Armee
- Effizienterer Einsatz der Wehrpflichtigen
- Optimierung der Ausrüstung
- Oder mit anderen Worten: Abspecken und an die politische Lage anpassen – ohne jedoch an Stärke einzubüssen.

Ansichten einer Praktikerin zur Asylpolitik

## An der Wurzel anpacken!

Als Sozialvorstand der Zürcher Oberländer Gemeinde Egg ist Gemeinderätin Dorothee Fierz seit 1986 hautnah mit dem Vollzug der Asylgesetzgebung konfrontiert. In der «Freitagsrunde» des Schweizer Fernsehens vom 8. Juni kritisierte sie die eidgenössische Parlamentsdebatte über die Asylpolitik und löste mit ihren pointierten Aussagen ein grosses Echo aus. Der «Freisinn» hat Dorothee Fierz nach ihrer Meinung gefragt.



Frau Fierz, Sie zeigen sich enttäuscht darüber, dass die wahren Probleme der Asylpolitik nicht erkannt worden seien. Welche Probleme sind das?

Die traurige Geschichte der 3. Asylgesetzrevision nahm ihren Anfang bereits bei der Ernennung der Expertenkommission. Es ist zweifellos richtig, dass Vertreter der Hilfswerke, Mitarbeiter des EJPD sowie Juristen ihren Sitz in dieser Kommission erhalten haben, doch die «Basis», nämlich jene, die mit den Problemen der Asylbewerber im Alltag konfrontiert sind, war in der Kommission nicht vertreten.

Ein grober Fehler lag ferner in der Formulierung des Auftrages an die Expertenkommission: «Das neue Asylverfahren soll im Normalfall einen rechtskräftigen Entscheid innert 3 Monaten erlauben», so die «Berner»-Auftraggeber. Die Zielsetzung der 3. Asylgesetzrevision beschränkte sich somit einmal mehr auf blosser «Symptombewältigung», der «Ursachenbekämpfung» wurde keine Beachtung geschenkt.

Wie sollten diese Probleme gelöst werden?

Ich bin davon überzeugt, dass dem Asylproblem mit einer blossen Beschleunigung des Verfahrens nicht beizukommen ist. Die wirtschaftliche Anziehungskraft unseres Landes muss reduziert werden. Der Asylbewerber sollte verpflichtet sein, durch Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst das ihm Zumutbare beizutragen, um seine Kosten für Unterbringung und Betreuung decken zu helfen. Unsere ganze Sozialpolitik gründet darauf, dass ein in Not Geratener das ihm Zumutbare beitragen muss, um seine Situation zu verbessern. Warum soll der Asylbewerber dies-

bezüglich anders behandelt werden als ein normaler Schweizer Bürger?

Die Aussicht, nach der Einreise in die Schweiz mittels zumutbarer Arbeiten im öffentlichen Dienst zur Deckung der Unterbringungs- und Betreuungskosten beitragen zu müssen, würde keine echt an Leib und Leben Bedrohten davon abhalten, ein Asylgesuch zu stellen. Indessen würde sich der Flüchtling aus wirtschaftlichen Gründen zehnmal überlegen, ob er unter diesen Umständen die Kosten der Anreise, die oft sein ganzes Hab und Gut verschlingen, auf sich nehmen soll. Eine Dämpfung des Zustroms wäre der sichere Effekt.

Welchen Platz räumen Sie – neben den juristischen – den humanistischen Aspekten ein, wenn Sie sich für die Verminderung der Attraktivität der Schweiz für Asylsuchende einsetzen?

Ich fühle mich der humanitären Tradition unseres Landes in hohem Masse verpflichtet, und es geht mir darum, diese Tradition zu erhalten. Heute befinden wir uns aber auf dem besten Weg, die positive Grundhaltung unserer Bevölkerung dem echten Flüchtling gegenüber zu vernichten. Der Normalbürger begegnet dem Asylbewerber mit zunehmendem Misstrauen, die keimende Abwehrhaltung trifft jedoch auch den echten Flüchtling. Damit wären wir dort, wo wir nie hin wollten. Wir kommen deshalb nicht umhin, dem unechten Flüchtling die Einreise zu erschweren, wenn wir dem echten Flüchtling weiterhin wohlwollende und fürsorgliche Aufnahme garantieren wollen.



# Happy Baerthday!

JBcoB

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

1 9 9 0

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11  
Genf · Frankfurt · München · Mailand · London · New York · San Francisco

Garten- und Landschaftsarchitekten  
Erdbauingenieure

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62